

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen  
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 6.

Berlin, den 13. September 1916.

11. Jahrgang.

## Die echten Spaltpilze.

In dieser Zeit schweren Erlebens und bitterer Entbehrungen drückt wohl jeden ehrlichen Parteigenossen neben all der persönlichen Sorgenlast, die der Weltkrieg auf seine Schultern häuft, das lähmende Gefühl der Ohnmacht, als Mitglied einer ausgesprochenen Kampfpartei zu einer nun schon Jahre währenden Tatenlosigkeit verdammt zu sein. Die, die die tüchtigsten und rührigsten Träger unseres Organisationslebens waren, müssen ihre ganze Persönlichkeit einsetzen in einem Kampfe, in dem es um Sein oder Nichtsein des einzelnen wie ganzer Völker geht. Deshalb hatten wir in der vorigen Nummer des „Mitteilungsblattes“ den Genossen zugerufen: **Aushalten!** und hatten darauf hingewiesen, daß die Tatsachen furchtbarer Zeitereignisse uns zur Untätigkeit eines politischen Stellungskrieges zwingen, der an Nerven und Geduld hohe Anforderungen stellt.

Um unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zukunftsaufgaben willen können wir unsere Organisation nicht zum Zummelplatz der Harmonieapostel, der Sozialimperialisten und der sonstigen bunten Schar der großen „Umlerner“ werden lassen, die jetzt das große Wort führen und die dummen und „verheßten“ Berliner Genossen lästern, die dem hohen Flug ihrer Gedanken nicht folgen wollen. Dabei haben wir durchaus nicht verhehlt, daß wir ein reiches Maß von Selbstkritik an unsere bisherige Organisationsfähigkeit, unsere Aufklärungsarbeit usw. anzulegen hätten. In diesem Zusammenhange hatten wir auf die Arbeiterbildungsschule, auf Vorträge in Zahl- und Lesabenden hingewiesen.

All das sind sicher keine neuen Entdeckungen und keine epochemachenden Pläne. Aber in dieser Zeit, in der in unserer Partei die Umwertung aller Werte geradezu erschreckende Dimensionen angenommen hat, ist es notwendig, Selbstverständliches immer wieder zu betonen und zu unterstreichen. Die Mehrzahl der Berliner Genossen wird daher unsere Mahnung richtig verstanden haben.

Es gibt aber ein Häuflein Berliner Parteimitglieder, die ihre Zugehörigkeit zur Berliner Organisation als einen schweren Schimpf empfinden. Leute, die keine Gelegenheit vorüber-

gehen lassen, ohne die Berliner Bewegung zu verhöhnern und zu verlemnden. Seit die Mehrheit der Berliner Genossen kein Gehl mehr daraus gemacht hat, daß ihre Anschauungen von denen des Parteivorstandes, der Fraktionsmehrheit und der Gewerkschaftsführer abweichen, und seit sie in ihren Organisationen auf gut demokratischem Wege die Konsequenzen dieser Anschauungen gezogen haben, sind gewisse Klopffechter der Mehrheitspolitik eifrig am Werk, die Berliner Genossen mit Schmutz zu bewerfen. Mit widerlichem Pharisäismus spielen sich diese Leute als die einzig wahren Hüter der Parteeinheit und als Tempelwächter der geheiligten Disziplin auf, ihre Taten aber strafen sie Lügen. Sie, die in einem fort über Parteizersplitterung zetern, erweisen sich als die echten und zäh bohrenden Spaltpilze.

Ein besonders übelduftendes Exemplar dieser lieblichen Gattung Spaltpilze ist die „Internationale Korrespondenz“ des A. Baumeister, eines Mannes, der die Organisationsstänkerei nicht erst seit heute aus Beruf und Neigung betreibt. Was dieses J.-K.-Gewächs im Laufe des Krieges auf dem Gebiete internationaler Verbeziehung geleistet hat, soll hier an dieser Stelle nicht näher festgesetzt werden. Für die J. K. und ihre direkten und indirekten Auftraggeber und Bundesgenossen ist diese Verbeziehung eine Lebensnotwendigkeit geworden; sie brauchen sie, um ihre eigene kriegspolitische Haltung zu rechtfertigen. Immerhin ist sie sogar schon einigen der auf dem Boden der Fraktionspolitik stehenden Parteiblättern wider den Strich gegangen. Was hier aber festgenagelt werden soll, ist die Tatsache, daß die J. K. die Groß-Berliner Parteibewegung bewußt und systematisch in den Schmutz zu ziehen bestrebt ist, ja, daß sie gegen Mitglieder der Berliner Parteiopposition nach dem Vorbilde jener dunklen Ehrenmänner arbeitet, für die zur Zeit des Sozialistengeheßes in Parteifreien ein drastisches Wort geprägt wurde. Faßt irgendein Berliner Wahlkreis irgendeinen Beschluß, sofort wird er in täppisch-hämischer Aufmachung von der J. K. in die Welt geschendet, meist in idealer Konkurrenz mit einigen betriebenen Vielschreibern, die die „Chemnitzer Volksstimme“, das „Samburger Echo“ und andere auf die „Parteeinheit“ schwö-

rende Parteiblätter der Fraktionsrichtung bedienen. Daß es dabei mit der Wahrheit meist recht schlecht bestellt ist, sieht diese Herrschaften nicht weiter an. Die Hauptsache ist, daß der Berliner Parteiopposition eins ausgewischt wird. In letzter Zeit hat die Z. K. die Konkurrenten anscheinend etwas aus dem Felde geschlagen; es ist aber auch möglich, daß die schönen Seelen sich zu einem Kompagniegeschäft zusammengefunden haben.

Nicht zuletzt ist es das „Mitteilungsblatt“ selbst, aus dem die Z. K. sich mit der ihr eigenen Ehrlichkeit und Sauberkeit den Stoff holt zur Diskreditierung der Berliner Bewegung. Wir wollen gar nicht davon reden, daß das „Mitteilungsblatt“ ein nicht für die breite Öffentlichkeit, sondern nur für die Berliner Organisationen bestimmtes Organ ist. Leute, wie die Macher der Z. K., denen jedes parteigenössliche Taktgefühl abhanden gekommen ist — wenn sie überhaupt jemals solches besessen haben — brauchen sich an solche ungeschriebenen Organisationsgesetze nicht zu kehren. Wohl aber soll hier festgenagelt werden, daß aus dem Inhalte des „Mitteilungsblattes“ aus dem Zusammenhange herausgerissene, willkürlich zusammengestellte Zitate mit einer perfid-hörsartigen Sauce übergossen werden, so daß ein wirres Zerrbild unseres Berliner Organisationslebens entsteht. Wer die Berliner Genossen nur aus den Darstellungen und Berichten der Z. K. kennen lernt, muß sie für eine Herde ausgemachter Trottel und hirnloser Großmäuler halten. Wenn diese Lügenberichte nur an die Parteipresse gingen, wäre es noch zu ertragen, so gehen sie aber als wertvolles „Informationsmaterial“ an die bürgerlichen Zeitungen, deren Redaktionen von der „Post“ bis zur „Volkszeitung“ zu den besten Kunden der Z. K. gehören. Dabei bekommen die gegnerischen Blätter nicht allein die sauberen Bogen der Z. K. auf den Redaktionstisch geliefert, sie werden auch noch auf anderem, z. B. telephonischem Wege, über ganz interne Parteivorgänge unterrichtet. Und die Frage liegt nur zu nahe, ob dieser Nachrichtendienst sich nur auf die bürgerlichen Redaktionen beschränkt.

Wie kleinlich-hämisch die Kampfesweise der Z. K. ist, davon nur ein Beispiel. Unser Hinweis in der vorigen Nummer des „Mitteilungsblattes“ auf eine verstärkte Aufklärungsarbeit, auf Arbeiterbildungsschule, Zahlabende usw. wurden als „kühne, epochemachende Ideen der unentwegten, revolutionären Elemente“ verhöhnt. Wir wissen besser als die Z. K.-Leute, daß dieser Hinweis nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wir haben in diesem Weltkriege z. B. gelernt, daß unsere Organisation besser ausgebaut werden muß, um die demokratischen Rechte der Mitglieder gegen die Annahmungen einer dünnelfhaft gewordenen Parteibureaucratie und deren Trabanten zu schützen. Wir haben

gelernt, daß die Berliner Genossen sich auch sonst ihre Rechte wahren müssen, so z. B. das Verfügungrecht über ihre Parteidruckerei, ein Recht, um das man sie gegen Treu und Glauben geprellt hat. Mag dem aber sein, wie ihm wolle. Man mag über unseren Vorschlag verstärkter Aufklärungsarbeit denken wie man will, unsozialistisch und undemokratisch ist er nicht. Freilich, dem Organisationsideal der Z. K. und ihrer Hintermänner entspricht er nicht. Das sieht, etwas drastisch ausgedrückt, etwa so aus: Beiträge zahlen, Angestellte und Vorstände schalten und walten lassen, wie es ihre höhere Weisheit ihnen eingibt. Dafür dürfen die Mitglieder auch die Versammlungen füllen, wenn ein Abgeordneter oder eine hohe Gewerkschaftsleuchte zu seinem versammelten Volke reden will, das dafür laut Bravo zu rufen hat. — Für dieses Ideal, das das alte Lied: „Vertrauet nur dem Magistrat“ in das Organisationsleben der Arbeiterbewegung übertragen will, danken wir. Wir wollen die demokratische und sozialistische Durchbildung des Massenwillens, eine schwere Arbeit, aber eine Arbeit, die geleistet werden muß, wenn die Lehren dieser Weltkatastrophe vor einem neuen Zusammenbruch bewahren sollen.

Es ist wahrlich nicht angenehm, sich mit Gewächsen von der Art des Z.-K.-Spaltpilzes beschäftigen zu müssen. Aber einmal mußte sein parteischädigendes Bohren und Wühlen auch an dieser Stelle aufgedeckt werden. Wenn einmal die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung im Weltkriege geschrieben wird, müssen auch solche wenig sympathische Erscheinungen gebucht werden, um daraus für kommende Kämpfe zu lernen. Dabei muß dann auch festgehalten werden, daß die hohen Parteinstanzen, die im Namen der Parteieinheit Pech und Schwefel über die Parteiopposition ausgießen, das Treiben der Z. K. und ihresgleichen unter ihren väterlichen Schutz nehmen. Genau so, wie sie das Siebenmänner-Kollegium von Teltow-Beeskow — auch eine echte Spaltpilzkolonie — in väterlicher Duldung gewähren lassen. Und so findet sich noch manches Exemplar von der Gattung Spaltpilze, das sich hiedermännisch den Anschein gab, als ob es sich im Dienste der Parteieinheit aufreibe und das jetzt im Lager der Z.-K.-Leute und gleichgestimmter Seelen sitzt.

Zum Schluß aber seien die Berliner Genossen daran erinnert, daß der „Z.-K.“-Baumeister seine Brunnenvergiftung auch unter den Genossen ausübt, die zurzeit im Kriegsdienste stehen. Die „Sozialdemokratische Feldpost“ geht hinaus und bringt über unsere Parteivorgänge ein durchaus einseitiges und getrübbtes Bild. Unsere feldgrauen Genossen sollen und können jetzt nicht aktiv an unserem Parteileben teilnehmen. Wohl aber können wir dafür sorgen, daß sie ein richtiges Bild von dem bekommen, was sich in unseren Organisationen

abspielt. Mag Baumeister soviel „Sozialdemokratische Feldpost“ versenden, wie er will. Ein Gegengewicht kann dem geboten werden, wenn der „Vorwärts“ in größerer Anzahl als bisher den draußen stehenden Genossen zugefandt wird. Viele werfen hier in Berlin die gelesene Nummer achtlos fort. Jeder hat aber einen Verwandten oder einen befreundeten Parteigenossen im Felde oder in der Garnison, dem er durch Uebersendung der Zeitung, und wenn es mehrere Nummern auf einmal sind, einen Dienst erweist. Ebenso wie mancher einstige Parteifunktionär durch Uebersendung des „Mitteilungsblattes“ in engerer Fühlung mit dem Organisationsleben bleiben kann.

Sendet den „Vorwärts“ ins Feld! Auch das ist ein Mittel, den Spaltpilzen entgegenzuarbeiten, auch das ist eine Parteiarbeit in einer Zeit, in der wir in unseren Organisationen auf soviel anderen Gebieten zur Untätigkeit verurteilt sind.

### „Die leeren Kassen“ des Groß-Berliner Zentralvorstandes.

Das vom vergangenen Kreisvorstand Teltow-Beeskow herausgegebene Flugblatt, unterzeichnet Thurow, Groger, Bagels, behauptet, „der Bezirksvorstand von Groß-Berlin sitzt aber vor leeren Kassen“ und kann dem Parteivorstand seine Pflichtbeiträge nicht abliefen. Er ist dazu um so weniger imstande, da er die ihm anvertrauten Gelder zu politischen Zwecken verwendet, die weder im Statut begründet noch der Partei dienlich sind“. Wir können diese ungeheuerliche Behauptung nur als gemeine Verdächtigung und Denunziation fennzeichnen. Zur Feststellung der Wahrheit unterbreiten wir den Parteigenossen das Tatsachenmaterial aus den Büchern des Verbandes, die bis zum 27. Juni dieses Jahres (Tag der Uebernahme durch den neuen Vorstand) vom alten Vorstand geführt sind.

Hier ist es:

Nach dem vom alten Zentralvorstand herausgegebenen letzten Jahresbericht vom 1. April 1914 bis 31. März 1916 wird auf Seite 84 der **Markenumsatz** für 1914/15 für Männer mit 656 127 Marken, für Frauen mit 177 049 Marken angegeben, in Geld umgerechnet 297 860,60 Mk.; 20 Proz. davon sind an den Parteivorstand abzuliefern, also in Summa 59 772 Mk. Abgeliefert sind aber

85 000 Mk.

Mithin zu viel: 25 228 Mk.

Für 1915/16 für Männer 377 462 Marken, für Frauen 125 578 Marken, in Geld 176 099,60 Mark; 20 Proz. davon Pflichtbeitrag an den Parteivorstand sind in Summa 35 220,08 Mk. Abgeliefert sind aber

50 000 Mk.

Mithin zu viel: 14 779,92 Mk.

Also im ganzen zu viel für 1914/16 in zwei Geschäfts-(Kriegs-)Jahren:

40 007,92 Mk.

Nach diesem „Markenumsatz“ (Seite 84) kann aber der Pflichtbeitrag für den Parteivorstand nicht berechnet sein, denn sonst ergibt sich eine Differenz in der Einnahme des Zentralvorstandes. Ist aber die Abrechnung des Pflichtbeitrages an den Parteivorstand nach den **Einnahmen und Ausgaben der Wahlfreie**, Seite 86 des letzten Jahresberichts berechnet, so ergeben sich folgende Zahlen:

1914/15 Einnahmen für männliche Mitglieder 249 244,62 Mk., für weibliche Mitglieder 33 635,30 Mk., Summa 282 879,92 Mk. Danach hätte der Parteivorstand zu fordern gehabt 56 575,98 Mk. (20 Proz.), aber er hat erhalten 85 000 Mk., mithin **zuviel 28 424,02 Mk.**

1915/16 Einnahmen für männliche Mitglieder 142 945,58 Mk., für weibliche Mitglieder 23 683,87 Mk., Summa 166 629,45 Mk. Danach hätte der Parteivorstand zu fordern gehabt 33 325,89 Mk. (20 Proz.), aber er hat erhalten 50 000 Mk., mithin **zuviel 16 674,11 Mk.**

Das heißt, nach dieser Berechnung wären in den beiden Geschäftsjahren 1914/15 und 1915/16 in Summa

45 089,13 Mk.

zu viel abgeliefert.

Indes können auch die Einnahmen der Wahlvereine nicht der Berechnung des Pflichtbeitrages für den Parteivorstand zugrunde gelegt werden, da die Einnahmen der Wahlvereine zum Teil immer erst später bei dem Zentralvorstand in Erscheinung treten. Mithin bleibt die einzige und nach unserer Ansicht allein richtige Berechnung derselben nach der **Abrechnung der Verbandskasse** (Einnahmen), Seite 87, des Jahresberichts.

Danach sind an den Parteivorstand für 1914/15 54 796 Mk. abzuführen, erhalten hat er aber 85 000 Mk., mithin zu viel 30 204 Mk.

Für 1915/16 abzuführen 27 260 Mk., abgeführt 50 000 Mk., zu viel 22 740 Mk.

Für beide (Kriegs-) Jahre wurden also dem Parteivorstand

52 944 Mk.

**mehr abgeführt** als er zu verlangen hatte. Das ist gewiß keine Schande, wenn die Mittel vorhanden sind, aber geradezu unverantwortlich, wenn die Kassenverhältnisse sich unter den Augen der Verwaltungsbeamten so verschlechtern durch die Kriegsjahre, wie es tatsächlich geschehen ist.

Der **Kassenbestand** der Verbandskasse (immer nach dem eigenen Jahresbericht der gewesenen Beamten desselben) betrug am

1. April 1914 (Seite 87) 125 722,07 Mk.

1. April 1915 (Seite 87) 56 650,38 Mk.

1. April 1916 (Seite 89) 10 596,16 Mk.

Es war also in der Kriegszeit von 125 722 Mark auf 10 596 Mk. gesunken und trotzdem lieferte der alte geschäftsführende Ausschuß zwei Tage vor Abschluß des Geschäftsjahres 1915/16 an den Parteivorstand, ohne daß dieser etwas zu verlangen hatte, denn er hatte schon 27 944 Mk. zu viel erhalten, am 29. März 1916 weitere 25 000 Mk. ab.

So wurde die Kasse leer gemacht!

So wurde der „Vebelfonds“ im Geschäftsjahr 1914/15 aufgelöst und die 42 449,24 Mk. des Vebelfonds mit verausgabt. Wenn die gewesenen Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses die 52 444 Mk. in den beiden (Kriegs-) Jahren nicht zuviel abgeführt hätten, konnten trotzdem alle die Ausgaben, die aus dem Vebelfonds gemacht sind, gemacht werden und es wären noch zirka 10 550 Mk. mehr in der Verbandskasse. Und der Vebelfonds wäre heute noch vorhanden.

Nun aber zu den Geldern, die wir bei der Uebernahme am 27. Juni 1916 vorfanden. Vom 1. April 1916 bis 27. Juni hatte sich der Bestand noch in sofern bedeutend verschlechtert, als einer Ausgabe von 17 245,59 Mk. nur eine Einnahme von 13 607,55 Mk. gegenüberstanden, mithin ein Manko von 3638,04 Mk. vorhanden war.

Es wurden uns laut Hauptbuch ohne Rinderschuh- und Schifferkasse, die in gesonderten Büchern geführt wird, in Gegenwart der Revisoren ein Betrag von ganzen 6967,82 Mk. übergeben, darunter in bezahlten Quittungen, also nicht in bar Geld 473,33 Mk., mithin bar erhalten 6494,49 Mk.

An unbezahlten Rechnungen (nur die größten) aus der Zeit des alten Vorstandes, gingen ein:

„Sozialdem. Partei-Korrespondenz“	401,76 Mk.
„Arbeiter-Jugend“	455,18 „
„Neue Zeit“ u. „Partei-Korrespond.“	1 166,14 „
Diverse Schriften für den Aktions-	
ausschuß	57,24 „
Druckerei-Rechnungen ab Januar	
1916	4 431,12 „
Teltow-Beeskow „Neue Zeit“ (nicht	
bezahlt)	420,03 „
Summa	6 931,47 Mk.
mithin ein Defizit von	436,93 „

Aber selbst dieses Kunststück war dem alten geschäftsführenden Ausschuß nur dadurch möglich, daß er drei Tage vor der Uebergabe, am 24. Juni, dem alten Vorstand von Teltow-Beeskow noch rasch für 3000 Mk. Beitragsmarken verkaufte. Sonst wäre das Defizit noch um 3000 Mark höher gewesen, das wir zu übernehmen hatten.

Bemerkten wollen wir noch, daß wir trotz allem Suchen im Bureau Belege über den 1. April 1916 zurück nicht vorfinden können. Da uns auch die Revisoren über den Verbleib derselben keine Auskunft erteilen können, haben

wir uns jetzt schriftlich an den ehemaligen Kassierer Genossen Boeske um Auskunft gewandt.

Wir überlassen es nun den Genossen, darüber zu urteilen, wer die Kassen leer gemacht hat und die Gelder „zu Zwecken verwendet hat, die weder im Statut begründet, noch der Partei dienlich sind“.

Berlin, den 2. September 1916.

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

J. A.: Adolf Hoffmann.

### Aus dem Berliner Parteileben.

Die Finanzen des Verbandes müssen auf eine gesündere Basis gestellt werden als bisher. Das ist eine schwere Aufgabe in einer Zeit wie jetzt. Die Kreise sind materiell auch nicht auf Rosen gebettet, so daß auf Verringerung der Ausgaben Bedacht genommen werden muß. Bisher wurden die Expeditionskosten für die „Neue Zeit“ vom Verbandskasse getragen, die monatlich 135 Mk. betragen. Der Aktionsausschuß beschloß in seiner Sitzung vom 25. August und der Zentralvorstand stimmte am 1. September zu, daß die Besorgung der „Neuen Zeit“ in Zukunft Sache der Kreise selber sein soll. Es ist nunmehr an den Kreisen, Bestellungen und Änderungen in den Adressen direkt an die zuständige Stelle zu richten.

Die Expeditionskosten für die Parteikorrespondenz haben monatlich 200 Mk. betragen. Durch den Beschluß, die Parteikorrespondenz abzubestellen, fällt diese Ausgabe fort. Den Kreisen wird anheimgegeben, wenn sie nicht eine Einschränkung des Bezugs der „Neuen Zeit“ vornehmen wollen, von den Beziehern der Zeitschrift 10 Pf. zu erheben und der Verbandskasse zuzuwenden. Gleichzeitig beschloß der Aktionsausschuß vom 25. August, in Zukunft auf Sitzungsgelder zu verzichten. Der Zentralvorstand dehnte am 1. September diesen Entschluß auch auf die Sitzungen für den Zentralvorstand aus. Auch die bisher gewährten Entschädigungen für Stadtverordnete und Gemeindevertreter dürften in Zukunft fortfallen, da die Aussicht besteht, daß diese Genossen auch freiwillig auf Entschädigungen verzichten; wo notwendig, dürften die Kreise die Angelegenheit selber regeln.

Ueber die Gestaltung des Jugendsekretariats soll erst mit dem Jugendausschuß beraten werden. Mitgeteilt wurde ferner, daß der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Adolf Hoffmann, einen Zahlungsbefehl in Höhe von 350 Mk. erhalten habe von einer Telephongesellschaft, die noch Forderungen erhebt, aus der Zeit, da das Verbandsbureau noch im Hause Lindenstr. 69 sich befunden hatte. Der Vertrag soll nicht rechtzeitig

gefiündigt worden sein, weshalb die Gesellschaft noch bis 1918 Ansprüche erhebt. Es wird beschlossen, dagegen Einspruch zu erheben. Unter keinen Umständen könnte die jetzige Verwaltung derartige Forderungen, wenn sie auf Unterlassungen zurückzuführen sei, begleichen.

Die Lebensmittelsteuerung beschäftigte den Zentralvorstand in seiner Sitzung vom 11. August. Es wurde beschlossen, daß zunächst die Vertreter in den Gemeinden die jetzige Situation zur Sprache bringen und die Gemeinden vorwärts treiben sollten, daß sie auf die zuständigen Reichsbehörden einwirken möchten. Auch nach anderer Richtung hin sollen Maßnahmen getroffen werden. Im Aktionsauschuß am 25. August wurde mitgeteilt, daß der Ausschuß der Gemeindevertreter zusammen gewesen sei und beschlossen hätte, Interpellationen in den kommunalen Körperschaften einzubringen.

An Stelle des Schriftführers des Verbandes, Genossen Weise, ist Paul Hoffmann (4. Kreis) gewählt worden.

Ueber die Verhandlungen des Parteiausschusses wurde von dem Vertreter zum Parteiausschuß in der Sitzung des Zentralvorstandes vom 28. August Bericht erstattet. In Rücksicht darauf, daß alle sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an der Konferenz teilnehmen sollen und in fernerer Erwägung, daß die Konferenz bindende Beschlüsse nicht fassen soll, hat der Aktionsauschuß in seiner Sitzung am 25. August den Genossen von Groß-Berlin die Bescheidung der Konferenz und die Einberufung von Generalversammlungen zum 5. September empfohlen.

Besonders zustimmend vermerkt wurde die von dem Berliner Ausschußmitglied in der Ausschußsitzung geübte Kritik an dem denunziatorischen Gebaren der „Fackel“, die den Gipfel der Schamlosigkeit erklimmen habe. Der Zentralvorstand sah angesichts dieser zutreffenden Charakterisierung der „Fackel“ von einer besonderen Brandmarkung dieses „Parteiorgans“ ab.

Zu dem Friedensaufruf des Parteivorstandes nahm der Zentralvorstand in seiner Sitzung am 11. August Stellung. Er beschloß, dem Parteivorstand eine präzisere, jede Unklarheit ausschließende Fassung der Friedenspetition vorzuschlagen und den Parteivorstand zu ersuchen, dem Vorschlage beizutreten. Der Parteivorstand hat darauf erwidert, daß der von ihm vorgeschlagene Wortlaut der Petition die Ablehnung aller Annexionspläne in sich schloße, dann aber die Petition bereits im Lande zirkuliert. Der Zentralvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 18. August, die Petition in der ihm

erforderlichen Fassung in Umlauf zu setzen. Die Kosten sollen die Kreise prozentual tragen.

Ferner beschloß der Aktionsauschuß am 25. August die Einberufung einer öffentlichen Versammlung am 29. August nach den „Germaniasälen“ in der Chausseestraße, in der Reichstagsabgeordneter Hugo Haase über das Thema: „Krieg und Frieden“ referieren sollte. Die Versammlung konnte aber nicht stattfinden, denn dem Einberufer ging auf die Anmeldung folgendes Schreiben des Polizeipräsidenten zu:

„Auf die Anzeige vom 26. d. M. erwidere ich ergebenst, daß nach der Anordnung des Oberkommandierenden in den Marken vom 9. Dezember 1914 öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder dieser gleich zu erachtende Vereinigungen nicht zuzulassen sind.  
von Oppen.

Der alte Vorstand des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins für Teltow-Beeskow veranstaltete am Montag, 28. August, abends 8½ Uhr, in der „Neuen Philharmonie“ eine Versammlung, in der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. David über „Krieg und Frieden“ sprach. „Eingeladen hierzu sind“, wie es auf der Eintrittskarte heißt, „alle Genossen, welche im allgemeinen auf dem Boden der Politik der Fraktionsmehrheit stehen, und im besonderen gegen die Parteizertrümmerung wirken wollen.“

Tatsächlich wurden alle Parteigenossen, die keine Karten vorzeigen konnten, zurückgewiesen, obwohl nicht nur Genossen aus dem Kreise Teltow Zutritt hatten.

Nach einem Bericht der „Internationalen Korrespondenz“ über die Versammlung, hat der Kreissekretär Groger geäußert, daß sie auf eine Gesundung des Berliner Parteilebens hoffen, aber bis dahin ihre Meinung in eigenen Versammlungen vertreten, die der Aufklärung und Sammlung dienen werden. Interessant war auch, daß der Vorsitzende Thurow in seinem Schlußworte erklärte, er könne gegen die sonstige Gepflogenheit nicht mehr auffordern, für den „Vorwärts“ zu werben. Er empfehle dafür, Parteiblätter der Mehrheitsrichtung zu halten wie in Berlin die „Fackel“ und die „Sozialdemokratische Feldpost“.

## In Sachen Teltow-Beeskow.

Am 11. August hatte der Zentralvorstand sich mit einem Schreiben des früheren Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow zu beschäftigen, die in der Generalversammlung am 6. August zum Zentralvorstand für Groß-Berlin bestimmten Mitglieder zu den Sitzungen einzuladen. Der Zentralvorstand beschloß einstimmig, den Antrag abzulehnen.

Die Gründe für diesen Beschluß sind folgende:

Der frühere Kreisvorstand hatte zum 18. Juni eine Generalversammlung des Kreises einberufen. Sie war von ordnungsgemäß gewählten Delegierten besetzt. Diese Versammlung wurde nach Verlesung einer Erklärung des engeren Vorstandes vom Vorsitzenden kurzerhand geschlossen mit der Begründung, daß bestimmte Delegierte aus zwei Orten aus bestimmten Gründen an den Verhandlungen nicht teilzunehmen hätten. Die Versammlung hat diesen Einwand nicht gelten lassen, da über die Zulassung von Mandaten zur Generalversammlung nur die Generalversammlung selber, niemals aber der Vorstand zu befinden und zu entscheiden hat. Sie wählte — zunächst provisorisch — die dem Kreise zustehenden Mitglieder zum Zentralvorstand Groß-Berlin. Die Verbandsversammlung vom 25. Juni hat diese Mitglieder bestätigt, vorbehaltlich der definitiven Wahl in einer späteren Generalversammlung des Kreises. Diese Wahl hat in einer am 23. Juli auf Beschluß des Zentralvorstandes vom geschäftsführenden Ausschuß einberufenen Generalversammlung, die in der Hauptsache von denselben Delegierten besetzt war, wie die vom Kreisvorstand am 18. Juni einberufene, stattgefunden. Hiernach können nur diese Mitglieder an den Sitzungen des Zentralvorstandes von Groß-Berlin teilnehmen. Der Zentralvorstand ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung gebunden.

Der frühere Kreisvorstand hat seit Anfang Juni die Mitglieder des erweiterten Vorstandes und den Abgeordneten des Kreises ausgeschaltet und nur noch mit dem engeren Vorstande gehörigen Mitgliedern gearbeitet, obwohl er nach der bisherigen Praxis mindestens allmonatlich die Mitglieder des erweiterten Vorstandes hätte berufen müssen; nur der Obmann der Revisoren wurde zu den Kundgebungen des engeren Vorstandes herangezogen. Schon hieraus geht hervor, daß der bisherige Vorstand nur ein Rumpfvorstand und nicht befugt war, eine neue Generalversammlung zu berufen, wie er das am 6. August getan hat.

Dem bisherigen Vorstand war auch bekannt, daß seit der Verbandsversammlung am 25. Juni die bisherigen Mitglieder des Kreises im Zentralvorstand nicht mehr geladen wurden, sondern die in der Generalversammlung vom 18. Juni provisorisch gewählten Mitglieder — vorbehaltlich der in einer späteren Generalversammlung vorzunehmenden definitiven Wahl. Einspruch hat er dagegen nicht erhoben.

Dazu kommt ferner, daß eine doppelte Vertretung eines Kreises im Zentralvorstand unmöglich ist. Nach den Beschlüssen der Parteitage dürfen in einem Kreise und an einem Orte zwei Organisationen der Partei nicht bestehen. Danach qualifiziert sich die in der Generalversammlung am 6. August gegründete Organisation als **Sonderorganisation**, die nach den Parteitagebeschlüssen unzulässig ist.

Am 25. August nahm der Aktionsausschuß Stellung zu Angriffen gegen den Bezirksvorstand von Groß-Berlin und beauftragte den geschäftsführenden Ausschuß, diese Angriffe zurückzu-

weisen. Das geschah in folgender Veröffentlichung im „Vorwärts“ am 27. August:

„Dieser Tage ist im Teltower Kreise ein Flugblatt verbreitet worden, betitelt „Mahnruf an die Parteigenossen und Genossen von Teltow = Beestow = Storkow = Charlottenburg“ und unterzeichnet von Thurow, Groger und Pagels. Dieses Flugblatt beschäftigt sich mit den Parteiverhältnissen im Kreise und leistet das Menschenmögliche an Verdrehungen und Verdächtigungen gegen die den Unterzeichnern unbequemen Genossen im Kreise und gegen den Bezirksvorstand von Groß-Berlin, die ihnen in ihrer parteizerstörenden Arbeit im Wege sind. Mit Bezug auf den Bezirksvorstand von Groß-Berlin heißt es in dem „Mahnruf“:

„Der neue Kreisvorstand ist gewillt, mit dem Bezirksvorstand von Groß-Berlin abzurechnen. Der Bezirksvorstand von Groß-Berlin „sitzt aber vor leeren Kassen“ und kann an den Parteivorstand einen Pflichtbeitrag nicht abliefern. Er ist dazu umso weniger imstande, da er die ihm anvertrauten Gelder zu politischen Zwecken verwendet, die weder im Statut begründet noch der Partei dienlich sind. Nach Ausweis des letzten „Mitteilungsblattes“ ist er nicht in der Lage, dem Parteivorstand gegenüber seine Verpflichtungen zu erfüllen.“

Hierzu hat der geschäftsführende Ausschuß zu erklären: Daß infolge der Kriegszeit die Kassen der Parteiorganisationen nicht mehr wie früher gefüllt sind, ist eine bekannte Tatsache, die überall — im Reiche wie in Berlin — in die Erscheinung tritt. Auch der neue Bezirksvorstand von Groß-Berlin konnte die Verbandskasse nicht füllen, da der ihm übergebene Kassenbestand die ihm überlassenen laufenden Verpflichtungen kaum noch deckte. Hierüber wird den Genossen in den Organisationen in Bälde eingehend berichtet werden.

Wenn die Unterzeichner des Flugblattes aber die Behauptung aufstellen, daß „die dem Bezirksvorstand anvertrauten Gelder zu politischen Zwecken verwendet werden, die weder im Statut begründet noch der Partei dienlich sind“, und dadurch die Meinung erwecken, als würden Verbandsgelder zu unlauteren Zwecken verwendet, so ist das eine infame Verdächtigung, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß und die zeigt, welcher Niederrichtigkeit diese berufenen Hüter der „Parteeinheit“ fähig sind.“

\*

In seiner Sitzung am 1. September hatte der Zentralvorstand sich erneut mit Teltow-Beestow zu beschäftigen. Es handelte sich diesmal um finanzielle Forderungen, die der Verband an den Teltower Kreis hat. Die „Neue Zeit“ wird den Funktionären von den Kreisen geliefert. Die Kosten tragen die Kreise selber, welche sie dem Verband erstatten. Die alte Verwaltung will zwar die Kosten zahlen, wenn ihr die Auslagen für die Entschädigung der Gemeindevertreter erstattet werden. Der Zentralvorstand beschloß Uebergang zur Tagesordnung, da er nur mit einer Organisation des Kreises zu tun haben kann. Und das ist nicht die der alten Verwaltung.

## Die Arbeiterjugendbewegung in Berlin.

Mit der Arbeiterjugendbewegung in Groß-Berlin beschäftigte sich der Zentralvorstand in den Sitzungen am 18. August und am 1. September. Anlaß gab die Tatsache, daß ein Teil der Jugendlichen einen Jugendbildungsverein ins Leben gerufen hat, während der andere Teil sich an die bisherige Form der Organisation hält. Um die Gründe zu hören und, wenn möglich, eine Verständigung im Interesse der Arbeiterjugend herbeizuführen, war beiden Teilen ausreichende Gelegenheit zu einer Aussprache gegeben. Nach Abschluß der Debatte wurde eine Kommission von 12 Mitgliedern gewählt, welche den Boden zu einer Verständigung suchen soll. Der Kommission gehören je drei Mitglieder von beiden Richtungen der Jugendlichen an, zwei Mitglieder des Jugendausschusses und vier Mitglieder des Zentralvorstandes.

Die Lokalkommission hat mit dem Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes Verhandlungen gepflogen wegen der Benutzung der Philharmonie für einen vom Bunde abzuhaltenden Kunstabend. Die Lokalkommission rügte die Benutzung dieses Lokals, das wohl für andere politische Veranstaltungen (Nationalauschuß) hergegeben werde, nicht aber für politische Veranstaltungen der Arbeiterschaft zur Verfügung stehe. Vom Bund wurden besondere Gründe für seine Maßnahme geltend gemacht. Die Lokalkommission hat den Vorstand des Bundes nicht im Zweifel gelassen über die Unzulässigkeit der Veranstaltung in diesem Lokal, aber ihre Bedenken für diesmal zurückgestellt, erwartet jedoch für die Zukunft die Beachtung der für die Berliner Arbeiterschaft gefaßten Beschlüsse. Das ist für die Zukunft vom Bund zugesagt worden. Der Zentralvorstand stimmte in seiner Sitzung am 1. September dem Beschlusse der Lokalkommission zu.

Der **Arbeiterausschuß der Vorwärts-Druckerei** hat an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes die Mitteilung gelangen lassen, daß er seine Mandate niedergelegt habe. Im Zentralvorstand am 1. September wurde hiervon Kenntnis gegeben mit dem Bemerkten, daß sich die zuständigen Körperschaften mit der Angelegenheit befassen werden.

Von der Geschäftsleitung der Vorwärts-Buchdruckerei werden wir erjucht, hierzu festzustellen, daß die Amtsniederlegung ihres Wissens deshalb erfolgt sei, weil nach einem Beschlusse der Geschäftsleitung und der Reuenerkommission die Ferien für die Kriegsteilnehmer nicht ohne weiteres voll bewilligt werden, sondern nur für diejenige Zeit, während welcher

sie im Geschäft beschäftigt waren. Darin erblickt der Arbeiterausschuß einen Bruch der Arbeitsordnung.

Der ehemalige Arbeiterausschuß teilt mit, daß für seine Niederlegung folgende Gründe maßgebend waren:

1. Daß seit Jahren bestehende Vergünstigungen aufgehoben wurden.
2. Daß dem Arbeiterausschuß verboten wurde, seine Sitzungen während der Tageslicht abzuhalten, wie es seit Bestehen des Geschäfts üblich war.
3. Die unwürdige Behandlung der Vertrauensleute durch die Geschäftsleitung.
4. Daß auch Kranken die Ferien gekürzt werden sollen.
5. Daß die Geschäftsleitung Anordnungen getroffen hat, ohne den Arbeiterausschuß gehört zu haben, und einmal angekündigte Verfügungen, trotz allen Entgegenkommens des Personals, nicht zurücknimmt.

### Niederlegung eines Stadtverordneten-Mandats.

Der Stadtverordnete Genosse Dr. Alfred Bernstein hat sein Mandat niedergelegt. Wie uns vom Vorstand des 2. Kreises hierzu mitgeteilt wird, sind die Ursachen des Rücktritts zu suchen in den Anschauungen Bernsteins, die schon seit längerer Zeit nicht mehr in Uebereinstimmung standen mit den Auffassungen und der Betätigung der Genossen in den Parlamenten.

B. glaubt, daß durch den Verlauf des Kriegs die Aussichtslosigkeit der Parteibetätigung für ihn klar erwiesen sei und tritt zurück. Im 7. Kommunalwahlbezirk wird deshalb eine Neuwahl vorgenommen werden müssen.

### Die Arbeiterbildungsschule.

Im Laufe des Monats Oktober wird die Arbeiterbildungsschule ihre Lehrtätigkeit im nunmehr dritten Kriegswinter wieder aufnehmen. Wiederum mußte bei Festsetzung des Lehrplans auf die überaus trüben und schweren Zeitverhältnisse Rücksicht genommen werden, so daß es sich diesmal auch nur um eine beschränkte Anzahl von Kursen handeln kann. Drei je acht Abende umfassende Wochenkurse sind auch für das vierte Quartal 1916 vorgesehen. Der erste Kursus soll eine Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung bringen. Der zweite soll die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis 1914 behandeln und der dritte soll nach längerer Unterbrechung wieder einmal der Naturwissenschaft gewidmet sein.

Für die **Sonntagsabende** der kommenden Wintermonate sind, wie in den Vorjahren, besondere künstlerische und schöngestige Vorlesungen geplant, und zwar auf dem Gebiete der Literatur, der darstellenden Kunst und der Musik. Der erste dieser Sonntagsvorträge wird am Sonntag, den **1. Oktober**, stattfinden. Der erste wissenschaftliche Kursus beginnt am Dienstag, den **17. Oktober**.

Die Parteigenossen Groß-Berlins, die unserem Organisationsleben noch erhalten sind, vor allem die jüngeren und weiblichen Mitglieder, werden dringend ersucht, die Veranstaltungen der Arbeiterbildungsschule zu beachten und zahlreich zu besuchen. Die Schule ist in dieser schweren Kriegszeit die einzige Stätte, an der für die geistige Förderung und sozialistische Weiterbildung der Berliner Genossen gearbeitet werden kann. Wie notwendig aber eine Bildung im sozialdemokratischen Sinne ist, haben gerade die Begleiterscheinungen des Weltkrieges in unserem Parteileben gezeigt. Auch im Hinblick auf die kommenden Kämpfe sollte jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin von der Notwendigkeit einer gründlichen Schulung im Sinne des Sozialismus überzeugt sein.

**Bücher, Broschüren.** Der Parteivorstand teilt mit, daß drei Broschüren herausgekommen sind: „Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege“, „Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden“ und „Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie“. Letztere kostet im Parteibuchhandel 1,10 Mk., für Organisationen 65 Pf. Die Vorwärtsbuchhandlung macht die Mitteilung, daß sie „Die Berliner Arbeiterbewegung“ zu herabgesetzten Preisen abgibt: anstatt zu 22,50 Mk. zu 15,00 Mk. bzw. 19,00 Mk. zu 12,00 Mk., je nach Einband.

### Berichtigung.

In dem „Mitteilungsblatt“ vom 9. August sind in dem Referat über die Parteiauswählung eine Reihe Fehler enthalten, die wohl zum Teil der Leser selbst berichtigt haben wird, die aber hiermit ausdrücklich richtiggestellt werden mögen:

Es muß heißen:  
 auf Seite 4, Spalte 2, statt „20. und 21. Juni“:  
 20. und 21. Juli;  
 auf Seite 5, Spalte 2, Zeile 12 von oben, statt „20. Juni“: 20. Juli;  
 auf Seite 5, Spalte 2, Zeile 15 von unten, statt „Die Reichstagsrede über den Genossen Hoffmann“: „Die Reichstagsrede des Genossen Hoffmann“;  
 auf Seite 6, Spalte 1, Zeile 29 von oben, statt „habe“: hatte;  
 auf Seite 6, Spalte 1, Zeile 7 von unten, statt „sich“: auch;  
 auf Seite 6, Spalte 2, Zeile 26 von unten, muß „so“ fortfallen;  
 auf Seite 6, Spalte 2, Zeile 18 von unten, statt „im“: der;  
 auf Seite 10, Spalte 1, Zeile 10 von oben, statt „daß nebst Sebering der Genosse Bauer sich dem Nationalauschuß zur Verfügung gestellt habe“: daß selbst Sebering sich beklagte, daß der Genosse Breuer sich dem Nationalauschuß zur Verfügung gestellt habe;  
 auf Seite 10, Spalte 2, Zeile 6 von oben, statt „eine Neußerung“: „eine solche Neußerung“;  
 auf Seite 10, Spalte 2, Zeile 23 von oben, statt „bündigen“: bindenden.

### Monatsbeiträge für August 1916.

1. Kreis . . . . .	—,—
2. " . . . . .	—,—
3. " . . . . .	—,—
4. " . . . . .	—,—
5. " . . . . .	—,—
6. " . . . . .	500,—
Teltow-Beeskow . . . . .	—,—
Niederbarnim . . . . .	—,—

#### Diverse:

2 Tränensitzungen v. Gen. Fahr. . . . .	10,—
Vom Gen. Repfow . . . . .	3,—
H. B. Mister für August u. September . . . . .	2,—

#### Kinderstiftungskommission:

Dr. Landau, Wandlitz . . . . .	5,—
--------------------------------	-----